

ebenso wie für die Gestaltung der Verfassungs- und Rechtsordnung. Auf dieser Grundlage lassen sich im gegenseitigen Einvernehmen durch entsprechende Vereinbarungen beiderseitig interessierende Probleme auf dem Wege zur Vertragsgemeinschaft regeln.

Die hier nur skizzierten Punkte bezeichnen sowohl die noch offenen Probleme im Verhältnis zwischen der DDR und

der BRD als auch die Besonderheiten, die eine gute Nachbarschaft zwischen diesen Staaten von anderen (guten) Nachbarschaftsbeziehungen unterscheiden. Von zentraler Bedeutung ist dabei die europäische Dimension dieses Nachbarschaftsverhältnisses, welche die beiden deutschen Staaten in ihren Bemühungen um die Entwicklung (qualifizierter) guter Nachbarschaft bestärken sollte.

Zu den Ursachen rechtsradikaler Tendenzen in der DDR

Prof. Dr. sc. oec, LONI NIEDERLÄNDER,
Institut für Soziologie der Humboldt-Universität Berlin

Seit November 1989 gehört das Stichwort „rechtsradikale Tendenzen in der DDR“ zu den Diskussionsthemen in Medien und auf Foren.¹ Vielerorts wird nun dringlich nach den Ursachen dieser Entwicklung gefragt. „Niemand soll heute darüber erschrocken sein“, sagte der Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Siegmund Rotstein. Manches sei bisher verschwiegen, anderes bagatellisiert worden. Nicht selten sei die Öffentlichkeit aus falsch verstandener Scham auägeklammert worden. Deshalb sei zu fragen, welche Ursachen diesen Erscheinungen zugrunde liegen, woraus Ermutigungen zu derartigen neonazistischen und rassistischen Handlungen erwachend Das Verschweigen und Bagatellisieren trifft auf die meisten der Presseveröffentlichungen bis Ende November 1989 zu. In den unterschiedlichsten Kreisen der Bevölkerung wurde das Problem jedoch mindestens seit Oktober 1987 diskutiert. Ständig lieferten Erlebnisse im Schul- und Berufsschulbereich, in Jugendklubs und Gaststätten, in GST-Lagern und auf Campingplätzen neuen besorgniserregenden Gesprächsstoff im Familien- und Bekanntenkreis der Opfer von rechtsradikalen Handlungen. Im Zusammenhang mit dem Überfall von Skinheads auf Teilnehmer eines Konzertes in der Zionskirche (Berlin, Oktober 1987) erschienen auch in Magazinen der DDR einige wenige Beiträge, deren Autoren den Ernst des Problems deutlich artikulierten und dringende Fragen stellten. Die nach diesem Ereignis publizierten Gerichtsberichte zu weiteren Straftaten des Rowdytums unter Bekundung faschistischen und rassistischen Gedankenguts (§§ 215, 216 StGE in Tateinheit mit § 220 Abs. 3 StGB) benannten in weitgehender Übereinstimmung als Ursachen den Nachahmungstrieb junger Leute, die ihre Inspirationen aus Fernsehsendungen und aus dem Hörfunk des westlichen Auslands empfangen würden.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungsergebnisse abgeschlossener Strafverfahren

Die sozialwissenschaftliche Analyse konnte auf Grund der Akten aus abgeschlossenen Strafverfahren wegen Handlungen nach §§ 215, 216 StGB in Tateinheit mit § 220 Abs. 3 StGB hinreichend Informationen zur Bestimmung von Ursachen neofaschistischer, rechtsradikaler Tendenzen in unserem Land gewinnen. Die korrekte Umarbeitung dieser nichtstandardisierten Informationen in standardisierte Massendaten für die Untersuchungspopulation führte zu einem repräsentativen Ergebnis für diese Gruppe der Straftäter sowie für die Personen, die fest in solchen Gruppen integriert sind, die gemeinschaftlich handelnd Straftaten begingen. Es ist anzunehmen, daß es außer dieser Probandengesamtheit weitere Gruppen (im soziologischen Sinn) gibt, die Träger neonazistischer Ideen sind. (Hierüber kann die Verfasserin des Beitrags keine Aussagen treffen, da ihr Primärinformationen nicht zur Verfügung standen.)

Zu Beginn des Jahres 1989 wies die Untersuchungspopulation folgende Altersstruktur auf:

bis 17	18	19	20/21	22/25	26 und älter (Jahre)
15%	18%	20%	22%	22%	3%

Die territoriale Gliederung der DDR nach Bezirken zeigte beim Vergleich der Altersstruktur der Untersuchungspopula-

tion nur geringfügige Abweichungen vom dargestellten Durchschnittswert.

Die Qualifikationsstruktur korrespondiert naturgemäß mit der Altersstruktur, verdient aber gesonderte Aufmerksamkeit. Die *Qualifikation bzw. Ausbildungsstufe* stellt sich wie folgt dar:

Schüler/Lehr-POS	Lehr-linge	Teilfach-arbeiter	Fach-arbeiter	Fach-schüler	ohne Beruf
6 %	24 o/	4 %	50 %	2 %	14%

Probanden ohne abgeschlossene Berufsausbildung und zugleich, ohne Arbeitsrechtsverhältnis kommen vor, machen aber weit weniger als ein Prozent der Population aus. Die Neigung zu krimineller Asozialität (bisher § 249 StGB) gehört nicht zu den Merkmalen der Untersuchungspopulation.

Aus Publikationen der BRD zum Thema „Rechtsradikalismus“ konnten Vergleichswerte zusammengestellt werden, die folgendes Bild ergeben:

N	Bezirk A DDR	Bezirk B DDR	BRD*
Schüler/Lehrlinge	29%	33 %	30 »o -
Facharbeiter/Fachschüler	55% .	48 %	52%
Un- und Angelernte	16 o/	19% .	18%
	100 %	100 o/o	100 o/o -

* Die Angaben zur BRD beziehen sich auf das Jahr 1983 (zusammengefaßt aus Angaben des Verfassungsschutzberichtes der BRD 1989 [offizielles Dokument]). Bei der Bewertung ist die Zeitdifferenz von fünf Jahren zu beachten.

Die Altersstruktur der Population erfordert es, die soziale Position des Elternhauses mit in Betracht zu ziehen. Schüler und Jungerwachsene sind in ihren Lebensplänen noch stark durch das Elternhaus geprägt. Der folgenden Berechnung wurde die soziale Position des Vaters zugrunde gelegt, wenn es sich um vollständige Familien handelte. Bei Alleinerziehenden wurde die soziale Position des Elternteils gewertet, bei dem der Proband aufgewachsen ist. Die nicht in jedem Fall präzisen Angaben erlaubten nur die nachfolgende grobe Strukturierung der *sozialen Position der Eltern*:

Intelligenz	Facharbeiter	Handwerker*	Ungelernte
24%	470/0	140/0	150/0

* Unter Handwerkern wurden zusammengefaßt: selbständige und in Genossenschaften tätige Handwerker, selbständige und Kommissionshändler, Gaststättenleiter.

Damit ist die Vermutung widerlegt, es handle sich bei der Untersuchungspopulation vorwiegend um Personen aus sozial destabilen Schichten der Gesellschaftsstruktur.

Die biographische Methode soziologischer Analyse lieferte als Resultat einen in etwa gleichverlaufenden stufenweisen Ideologisierungsprozeß der Probanden. Der Ausgangspunkt^{1 2}

1 Auf der Dokumentarfilmwoche in Leipzig 1989 wurde mit „Unsere Kinder“ der erste DDR-Beitrag über Skinheads im eigenen Land gezeigt.
2 Vgl. ND vom 9. November 1989, S. 7.